

Pressemitteilung:

Wie stehen die Landtagskandidat*innen zu CETA?

Soll CETA, das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, ratifiziert werden und damit endgültig in Kraft treten? Da die Bundesländer im Bundesrat darüber abstimmen müssen, ist CETA ist auch im Vorfeld der Landtagswahlen ein wichtiges Thema. Das Ortenauer Bündnis für Gerechten Welthandel befragte deshalb die Landtagskandidat*innen von Grünen, CDU, SPD, FDP und Die LINKE der Wahlkreise Lahr, Offenburg und Kehl zu ihrer Haltung dazu.

Das Ergebnis: Die Kandidat*innen von CDU und FDP befürworten CETA vorbehaltlos und wollen das Gesetz ratifizieren. Das Echo bei den SPD-Kandidat*innen ist geteilt: teils uneingeschränktes Lob, teils Warnung vor CETA. Die LINKE-Kandidat*innen äußern sich klar gegen CETA. Die Vertreter*innen der Grünen positionieren sich mit „Jein“: Sie lehnen CETA „in der jetzigen Form ab“, wollen aber noch Urteile des Bundesverfassungsgerichts und die Vorlage eines CETA-Ratifizierungsgesetzes abwarten.

Die Antworten der Landtagskandidat*innen im Einzelnen:

In den drei Ortenauer Wahlkreisen Lahr, Offenburg und Kehl wurde die Anfrage jeweils von allen drei KandidatInnen der Grünen, SPD und FDP beantwortet. Zwei der drei Kandidat*innen der Partei DIE LINKE schickten ihre Statements, jedoch nur eine Kandidatin der CDU.

CETA sei „die Chance, Handelspolitik neu zu bewerten“, findet Marion Gentges, **CDU**, Landtagskandidatin in Lahr, und glaubt: „Unsere hohen EU-Standards“ wie Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit, Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsschutz „stehen nicht zur Disposition“.

Die drei Kandidat*innen der **FDP** wollen sich „mit aller Entschlossenheit für mehr Freihandel einsetzen“, dazu gehöre auch eine „Ratifizierung von CETA“. Es sei „unbedingt notwendig, den Welthandel zu entfesseln“, um die Krise durch die Pandemie abzumildern, findet Yannick Kalupke, FDP-Kandidat in Kehl. Deshalb sei CETA auch ein Kern des Wahlkampfes“, so Regina Sittler, FDP-Kandidatin in Lahr. „Der internationale Handel, besonders der mit CO₂-Zertifikaten“, sei ein „zentraler Baustein“ um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen zu können, schreibt Rita Klee, FDP-Kandidatin in Offenburg.

Frank Meier, **SPD**-Kandidat in Kehl, sieht CETA „als Chance“ zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in der Ortenau. Die SPD-Kandidatin für Offenburg, Andrea Ahlemeyer-Stubbe, lobt, bei CETA sei es „gelungen, zukunftsweisende Regeln (...) zu vereinbaren und den Ausverkauf öffentlicher Infrastruktur zu verhindern. Private Schiedsgerichte sind ausgeschlossen“.

Dagegen sieht Karl-Rainer Kopf, **SPD**-Kandidat für den Wahlkreis Lahr, zwar generell Handelsabkommen sehr positiv, doch bei CETA hat er seine Zweifel.“ Kopf warnt: „Die größte Gefahr im CETA sind Investitionsschutzklauseln, die es Konzernen ermöglichen, Staaten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn politische Entscheidungen ihre erwarteten Gewinne schmälern. (...) In der Praxis könnte das zum Beispiel dazu führen, dass die Risikotechnologie Fracking in Europa Fuß fasst.“

„Erwartungen an CETA habe ich nur negative“, schreibt Reinhard Neudorfer, der für **DIE LINKE** in Lahr kandidiert. Er werde sich auf jeden Fall „für die Nichtratifizierung einsetzen.“ Thomas Hanser, Kandidat für DIE LINKE in Kehl, kritisiert drei große Bereiche: Erstens eine „Paralleljustiz für Investoren“, was die Gesetzgebung zugunsten des Gemeinwohls massiv einschränke und „eine Gefahr für unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie“ sei. Ferner bedeute CETA, „dass einmal privatisierte Dienstleistungen nicht mehr zurückgenommen werden dürfen“; es gebe auch „keine Ausnahmen von öffentlichen Diensten“, was die Privatisierung angeht. Drittens stelle CETA „ökologische und soziale Vergabekriterien infrage und damit einen fundamentalen Baustein in der kommunalen Selbstverwaltung.“

Sandra Boser, Grünen-Kandidatin in Lahr, fordert mit Blick auf CETA, „künftige Handelsabkommen der EU müssen von Anfang an transparent verhandelt werden.“ Für seine Antwort zitiert der Offenburger Grünen-Kandidat Thomas Marwein das Landtagswahlprogramm: „Wir Grüne stehen für eine Handelspolitik, die (...) verbindlich soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards und das Vorsorgeprinzip festschreibt, (...) die kommunale Daseinsvorsorge und die Möglichkeit der Rekommunalisierung schützt, den Pariser Klimavertrag als wesentlichen Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitentscheidung (...) garantiert. Sonderrechte und Sonderjustiz für Investoren lehnen wir ab. (...) Deshalb lehnen wir CETA in seiner jetzigen Form ab.“ Doch, so Bernd Mettenleiter, Grünen-Kandidat in Kehl, „solange wir nicht wissen, über welche Gegenstände des CETA-Abkommens der Bundesrat überhaupt abzustimmen hat, betrachten wir es als nicht seriös, verbindliche Aussagen zum Abstimmungsverhalten des Landes Baden-Württemberg zu machen.“

Eine „sattelfeste Positionierung“ der Parteigrünen hatten vergangenen Dezember die baden-württembergischen Landesverbände von Mehr Demokratie, BUND, ver.di, DGB, KAB, Naturfreunde sowie weitere Unterzeichner gefordert: Wenn die CETA-Ratifizierung in Gang komme, könnten die Grünen Baden-Württemberg das „Zünglein an der Waage“ sein. CETA sei „nicht mehr zu retten“, da es „schon von Kanada ratifiziert und in der vorläufigen Anwendung ist.“ Es könne nur „Zusatzvereinbarungen außerhalb des Vertragswerkes geben“; an der Verbindlichkeit der CETA-Vertragsschutzregeln würde das aber nur sehr wenig ändern.

Die vage Haltung der Grünen im Ländle könnte darauf zurückzuführen sein, dass man dem grünen Ministerpräsidenten Wilfried Kretschmann nicht zu laut widersprechen will. Dieser hatte sich 2018 positiv geäußert: „Ein Freihandelsabkommen CETA (...), das verschiedene Voraussetzungen erfüllt – etwa die Einhaltung von EU-Schutzstandards und einer öffentlichen Gerichtsbarkeit bei Investor-Staats-Klagen – setzt ein wichtiges Zeichen für Freihandel auf der Basis gemeinsamer Regeln“.